

Die Energiewende - Ausstieg aus der Atomkraft

11-14 Minuten

Ende Mai haben beide Kommissionen ihre Berichte vorlegen, auf deren Grundlage die Bundesregierung über Stilllegung und Laufzeiten der 17 Atomkraftwerke entschieden hat. Ergebnis: Der Ausstieg ist innerhalb eines Jahrzehnts möglich.

Trotz der Kritik diente der Sechs-Punkte-Plan als Gesprächsgrundlage für den Energiegipfel zu dem die Bundeskanzlerin, Wirtschaftsminister und Umweltminister am 15. April alle Ministerpräsidenten einlud.

Themen waren der Atomausstieg und die damit verbundene Energiewende. Das Treffen sollte den Auftakt eines überparteilichen Konsenses bilden. Dieser ist notwendig, da einige für den Atomausstieg nötigen Gesetzesänderungen im Bundesrat zustimmungspflichtig sind. Die Bundesregierung verfügt über keine Mehrheit in der Länderkammer und muss ihr neues Energiekonzept deshalb mit der Opposition abstimmen.

Die Opposition knüpft allerdings an ihre Konsensbereitschaft einige Bedingungen.



So forderte SPD-Chef Siegmund Gabriel vor dem Treffen, dass der Atomausstieg bis spätestens 2020 vollzogen sein soll, alle sieben

im Rahmen des Atommoratoriums vorübergehend abgeschalteten Kernreaktoren sowie der Reaktor Krümmel dauerhaft abgeschaltet bleiben sollen und in ganz Deutschland nach einem Endlager für Atommüll gesucht werden soll. Cem Özdemir, der Parteichef der Grünen, erklärte, er gehe davon aus, dass der Atomausstieg innerhalb von sechs Jahren möglich ist: „Das ist bis 2017 bei einem gleichzeitig forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien und Fortschritten bei der Energieeffizienz machbar.“ Der Energiegipfel führte bei keinem dieser Punkte zu einer Einigung.

Erst bei einem Treffen der Partei- und Fraktionschefs mit der Bundeskanzlerin am 9. Mai erklärte sich die Opposition im Bundestag bereit, das neue Energiekonzept der schwarz-gelben Bundesregierung mitzutragen, das zu einem schnellen Atomausstieg führen soll. Noch ist allerdings nicht bekannt, bis wann die Bundesregierung den Atomausstieg abgeschlossen haben will. Auch über die genauen Kosten und die Finanzierung der Energiewende gibt es keine offizielle Stellungnahme der Regierung. Regierung und Opposition einigten sich zunächst darauf, dass bis zum 8. Juli Bundestag und Bundesrat sich mit den Entwürfen für die Gesetzesänderungen befassen sollen.



Die Vorsitzende der Grünen Claudia Roth machte nach dem Treffen deutlich: "Es muss ein echter, unumkehrbarer Ausstieg sein, begleitet von Rahmenbedingungen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern und nicht behindern." SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier erklärte: "Wir sind der Überzeugung, dass wir unsere Zukunft ohne Kernenergie sichern müssen. Wenn die Bundesregierung zu spät, aber immerhin jetzt auch zu dieser Auffassung kommt, dann werden wir nicht im Wege

stehen. Und wir werden diese Bundesregierung treiben, ernst zu machen mit dem, was schon beschlossen war, dem Ausstieg aus der Atomenergie." Ende Mai, wenn die Ergebnisse der Ethikkommission zur Energieversorgung vorliegen, soll es zu einem weiteren Treffen kommen.

[Nach oben](#)

Der Stresstest

Ergebnisse der anlagenspezifischen Sicherheitsüberprüfung deutscher Kernkraftwerke

Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) hat ihren Bericht zur Bewertung der Kernkraftwerke am 17. Mai in Berlin vorgelegt. In nur sechs Wochen haben die RSK-Experten im Auftrag der Bundesregierung alle 17 deutschen Atomkraftwerke Meiler einem Stresstest unterzogen.

Die Prüfer gingen den Fragen nach, was passiert, wenn eine Katastrophe in der Realität die schlimmsten Befürchtungen übertrifft? Was passiert, wenn Terroristen das Atomkraftwerk mit Passagierflugzeugen angreifen, wenn zeitgleich Erdbeben und Sturmfluten passieren oder ein Staudamm bricht. Danach zeigt ein erster Vergleich mit Japan, dass die deutschen Anlagen bei der Stromversorgung sicherer sind. Auch gegen Überflutungen sehen die Fachleute sie robuster aufgestellt.

Aus sicherheitstechnischen Gründen sei es grundsätzlich nicht notwendig, die Kernkraftwerke sofort oder kurzfristig abzuschalten, betonte Bundesumweltminister Norbert Röttgen. Er wies darauf hin, dass die 7 älteren Reaktoren, die derzeit abgeschaltet sind, entweder keinen oder nur einen geringen baulichen Schutz vor Flugzeugabstürzen haben. Besonders die Meiler Biblis A und B sowie Brunsbüttel und Philippsburg I hätten „keine nachgewiesene Sicherheitsauslegung“ für diese Fälle, sagte Röttgen.

Der RSK-Vorsitzende Rudolf Wieland sagte: „Es gibt keine Anlage,

die komplett überall Level 3 erreicht. Es gibt auch, glaube ich, keine Anlage, die durchgängig Level 2 erreicht.“ Er räumte ein, dass die Untersuchungen wegen der Kürze der Zeit – seit April hatten 100 Atomexperten die Meiler untersucht – unvollständig seien. An vielen Stellen gebe es noch Untersuchungsbedarf.

Damit rückt das endgültige Aus für die 7 abgeschalteten Atomkraftwerke in Deutschland näher. Die Kommission selbst gab keine Empfehlung für das Abschalten einzelner AKW ab.

Die Opposition kritisierte die Kriterien des Stresstests. Für die AKW-Überprüfung sei viel zu wenig Zeit gewesen. "Sie brauchen, um ein Kraftwerk wirklich zu überprüfen, ein bis eineinhalb Jahre", sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace wertet den RSK-Bericht als unausweichliches Aus für die ältesten deutschen AKW.

Die AKW-Betreiber sehen das anders. Sie betonten, durch Fukushima habe sich an dem Sicherheitsniveau in Deutschland nichts geändert, die AKW gehörten zu den sichersten der Welt.

Reaktorsicherheitskommission:

[Anlagenspezifische Sicherheitsüberprüfung deutscher Kernkraftwerke](#)

[Nach oben](#)

Abschlussbericht der Ethikkommission

Die Ethikkommission empfiehlt in ihrem am 30. Mai 2011 veröffentlichten Abschlussbericht den vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser soll bis spätestens 2022 erfolgen. Der Ausstieg sei nötig, um die Risiken, die die Atomenergie bürge, grundsätzlich auszuschließen. Die sieben ältesten Atomanlagen und das AKW Krümmel sollen nach dem Willen der Kommission dauerhaft stillgelegt werden. Die restlichen 9 Kernkraftwerke sollen "in der Reihenfolge ihres verbleibenden Risikos und ihrer Bedeutung im Stromnetz" abgeschaltet werden.

Die Ethikkommission ist zu der Überzeugung gekommen, dass eine sichere Energieversorgung ohne Abstriche im Klimaschutz und mit einem Zugewinn an Arbeitsplätzen in der Wirtschaft und im Handwerk sowie ohne Stromarmut und ohne Import von Strom aus Kernenergie bewerkstelligt werden kann.

In intensiven Bürgerdialogen sehen die Ethikfachleute ein geeignetes Instrument, um die für die Energiewende erforderlichen Entscheidungen zügig voranzutreiben. Zur regelmäßigen kritischen Überprüfung der Fortschritte regt die Kommission einen unabhängigen Parlamentarischen Beauftragten für die Energiewende beim Deutschen Bundestag an.

Zur Entsorgung von Atommüll schlägt die Kommission vor: Die Endlagerung von Atommüll muss bei höchsten Sicherheitsanforderungen rückholbar erfolgen, denn für zukünftige Generationen muss die Option sichergestellt bleiben, Gefahren und Umfang des Atommülls zu vermindern, wenn entsprechende Technologien verfügbar sein werden. Dies erweitert über Gorleben hinaus den Suchraum für Endlagerstätten für radioaktiven Müll in Deutschland.

„Es ist eine gemeinsame große Kraftanstrengung, die vor uns liegt“, sagte der Vorsitzende und Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Matthias Kleiner, nach der Übergabe des Kommissionsberichts an Kanzlerin Angela Merkel.

Bundesregierung: [Abschlussbericht Ethikkommission](#)

[Nach oben](#)

Gespräch der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder

Bund und Länder haben sich am 3. Juni in Berlin in entscheidenden Punkten verständigt: Die derzeit abgeschalteten sieben ältesten Meiler und der Pannenreaktor Krümmel sollen nicht mehr ans Netz gehen. Die verbliebenen Atommeiler in Deutschland sollen

demnach schrittweise zwischen 2015 und 2022 abgeschaltet werden.

Das Bundeskabinett hat am 6. Juni das sofortige Aus für acht Atomkraftwerke und den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 beschlossen.

Die verbleibenden neun noch Strom produzierenden Meiler nach folgendem Zeitplan vom Netz gehen:

- 2015 Grafenrheinfeld (Bayern),
- 2017 Gundremmingen B (Bayern) und
- 2019 Philippsburg II (Baden-Württemberg),
- 2021 Grohnde (Niedersachsen), Brokdorf (Schleswig-Holstein) und Gundremmingen C (Bayern).
- 2022 Isar II (Bayern), Neckarwestheim II (Baden-Württemberg) und Emsland (Niedersachsen).

Die Endlagerung des Atommülls bleibt weiterhin offen. Der Standort Gorleben soll zwar weiterhin ergebnisoffen erkundet werden, zusätzlich sollen aber allgemeine geologische Eignungskriterien möglicher alternativer Entsorgungsoptionen ermittelt werden. Die Bundesregierung wird bis Ende dieses Jahres dazu einen Vorschlag unterbreiten.

Bundesregierung: [Energiewende - die einzelnen Maßnahmen im Überblick](#)

BMU: [Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Energiewende vom 6. Juni 2011](#)

Das Kabinett hat ein umfangreiches Atom- und Energiepaket mit zahlreichen Gesetzesänderungen beschlossen. Es beinhaltet insgesamt elf Gesetze, Eckpunkte und Vorlagen.

[Nach oben](#)

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Der Weg zur Energie der Zukunft

In ihrer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag am 9. Juni informierte Bundeskanzlerin Angela Merkel über weitreichende Vorhaben für eine neue Architektur der Energieversorgung: "Wir können als erstes Industrieland der Welt die Wende zum Zukunftsstrom schaffen."

Die Ereignisse in Fukushima seien für sie ganz persönlich ein Einschnitt gewesen, erklärte Merkel. Selbst in einem Hochtechnologieland seien die Risiken der Atomkraft nicht beherrschbar. Daher habe sie eine neue Bewertung vorgenommen. Merkel bekräftigte das Ziel, bis 2020 35 Prozent des Stroms regenerativ zu erzeugen. Neue Gebäude sollen ab 2020 nur noch im Niedrigenergiestandard errichtet werden. Die Mittel für die Gebäudesanierung würden dazu auf 1,5 Milliarden Euro jährlich aufgestockt. Hinzu kämen Steuerabschreibungsmöglichkeiten für die Sanierungskosten. Wer den Atomausstieg wolle, müsse aber auch Ja zum Ausbau von Stromnetzen und Windkraftanlagen sagen. Die Energiewende sei jedoch nur möglich, wenn Bürger und Parteien beim notwendigen Netzausbau mitziehen. Die erneuerbaren Energien sollten zudem insgesamt schneller marktfähig werden. Die Regierung wolle bis 2020 einen Ökostromanteil von 35 Prozent und bis 2050 von 80 Prozent.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hat Bundeskanzlerin Merkel in der Debatte "falsches Pathos" und Unaufrichtigkeit vorgeworfen. "Es kann doch nicht sein, dass ausgerechnet Sie sich hinstellen als die Erfinderin der Energiewende in Deutschland, das zieht einem doch die Schuhe aus", sagte Steinmeier. Den jetzt geplanten Atomausstieg bis 2022 habe die rot-grüne Bundesregierung vor zehn Jahren schon einmal beschlossen. Steinmeier schloss dennoch eine Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Energiegesetzen der Regierung nicht aus.

Bundesregierung: [Regierungserklärung: Der Weg zur Energie der Zukunft](#)